

erster Linie notwendig ist, *dem Frieden die Freiheit zu sichern*. In der obenerwähnten Stellungnahme des Zentralkomitees der SED vom 28. April sind vier Fragen formuliert. Wir bitten die Delegierten, die Mitglieder und Freunde der SPD, sie zu prüfen und sachlich zu beantworten.

Diese vier Fragen lauten:

1. *Seid Ihr bereit*, dafür einzutreten, daß beide deutsche Staaten auf jegliche Mitverfügung über Atomwaffen verzichten?
2. *Seid Ihr bereit*, mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, daß mit konkreten Abrüstungsmagnahmen in Deutschland begonnen wird?
3. *Seid Ihr bereit*, dafür einzutreten, daß die Bundesrepublik mit allen europäischen Völkern in Frieden und guter Nachbarschaft lebt und die bestehenden Grenzen anerkennt?
4. *Seid Ihr bereit*, kalten Krieg und Feindschaft abbauen zu helfen, den Realitäten in Deutschland Rechnung zu tragen und Euch dafür einzusetzen, daß durch gleichberechtigte Verhandlungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten die Entspannung gefördert und der Weg für eine spätere Wiedervereinigung geöffnet wird?

Es muß doch alle friedliebenden Deutschen enttäuschen, daß in dem Entwurf der Entschliegung des SPD-Parteivorstandes für den Dortmunder Parteitag zur Deutschlandpolitik diese Fragen entweder negativ beantwortet werden oder unbeantwortet bleiben.

Die Führung der westdeutschen CDU/CSU, die gegenwärtig daran arbeitet, die formierte Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus als Diktatur einer kleinen Minderheit des großen Besitzbürgertums durchzusetzen, hat von Anfang an gegen den Dialog zwischen unseren Parteien Stellung genommen. Der westdeutsche Bundeskanzler und Vorsitzende der CDU und der trotz schwerer Belastung wegen seiner Tätigkeit im Hitlerreich noch amtierende westdeutsche Bundespräsident haben nicht nur die Revancheforderungen und die Alleinvertretungsanmaßung der herrschenden Klasse Westdeutschlands für ganz Deutschland proklamiert. Sie haben außerdem den westdeutschen Werktätigen wieder einmal wie Wilhelm II. und Hitler herrliche Zeiten verkündet. Die in der Vergangenheit eingeführte Arbeitszeitverkürzung soll teilweise rückgängig gemacht und dem Volk soll in der Zwangsjacke der Notstands Verordnungen - notfalls dirigiert durch den Generalstab der westdeutschen Bundeswehr - „Zucht und Ordnung“ beigebracht werden. Und wenn die Notstandsdictatur auf legalem Wege